

Niederschrift

über die 8. öffentliche Sitzung

des Ausschusses für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr

am Donnerstag, 4. November 2021, 17:00 Uhr

im Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel

16. November 2021

1 von 24

Anwesende:

Mitglieder

Dominique Kalb, Vorsitzender, CDU

Mario Lang, 2. stellvertretender Vorsitzender, SPD

Lucian Hanschke, Mitglied, B90/Grüne

Eva Koch, Mitglied, B90/Grüne

Dr. Sven Schoeller, Mitglied, B90/Grüne

Thomas Volmer, Mitglied, B90/Grüne

(Vertretung für Joana Al Samarraie)

Judith Boczkowski, Mitglied, SPD

Sascha Gröling, Mitglied, SPD

Alexander Grotov, Mitglied, CDU

Nicole Siebrecht, Mitglied, CDU

(bis 18.52 Uhr, Vertretung für Holger Augustin)

Anna Luisa Sümmermann, Mitglied, parteilos

Sven René Dreyer, Mitglied, AfD

Teilnehmer mit beratender Stimme

Pasquale Malva, Vertreter des Ausländerbeirates

Helmut Ernst, Vertreter des Behindertenbeirates

Magistrat

Christof Nolda, Stadtbaurat, B90/Grüne

Schriftführung

Sabine John, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Matthias Nölke, Mitglied, FDP

Jennifer Rieger, Stadtverordnete, Die PARTEI

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Manfred Merz, Bauverwaltungsamt

Volker Mohr, Stadtplanung, Bauaufsicht und Denkmalschutz

Dr. Georg Förster, Straßenverkehrs- und Tiefbauamt

Dr. Anja Starick, Umwelt- und Gartenamt

Tagesordnung:

2 von 24

- | | | |
|-----|--|------------|
| 1. | Freiraumstrukturkonzept Kasseler Osten, Endbericht | 101.19.163 |
| 2. | Entwurfsplanung Sanierung und Umgestaltung Pferdemarkt (Straßenraum und Grünanlage) im Rahmen des Bund-Länder-Programms Sozialer Zusammenhalt | 101.19.234 |
| 3. | Einleitung eines Wegeeinziehungsverfahrens nach §6 des Hessischen Straßengesetzes zum Zwecke der Sanierung und Umgestaltung des Pferdemarkts | 101.19.235 |
| 4. | Satzung über die Verlängerung der Satzung der Stadt Kassel über eine Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplans der Stadt Kassel Nr. V/14 „Fiedlerstraße / Eisenschmiede“ (Satzungsbeschluss zur Verlängerung der Satzung) | 101.19.236 |
| 5. | Vorhabenbezogener Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. II/17 „Breitscheidstraße 33“ (Aufstellungs- und Offenlegungsbeschluss) | 101.19.237 |
| 6. | Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. IV/13 „Ahnatal-/Igelsburgstraße“ | 101.19.238 |
| 7. | Vorhabenbezogener Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. IV/13 „Ahnatal-/Igelsburgstraße“ (Aufstellungs- und Offenlegungsbeschluss) | 101.19.239 |
| 8. | Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. IV/60 A „Am Stockweg“ (Behandlung der Anregungen und Beschlussfassung als Satzung) | 101.19.240 |
| 9. | Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. I/23 „Vogtsche Mühle/ Karlshospital“ (Aufstellungsbeschluss) | 101.19.241 |
| 10. | Satzung über die Verlängerung der Satzung der Stadt Kassel über eine Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplans der Stadt Kassel Nr. VI/35 „Fuldatalstraße, Ostring/Gartenstraße“ (Satzungsbeschluss) | 101.19.242 |
| 11. | Antrag zur Aufnahme in das Bundesförderprogramm "Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren" und Sicherstellung der Umsetzung | 101.19.244 |
| 12. | Förderprogramm "Zukunft Innenstadt" des Landes Hessen | 101.19.245 |
| 13. | Umsetzungskonzept für das integrierte Maßnahmenpaket Mobilität in Auftrag geben | 101.19.54 |
| 14. | Offenlegung der Pläne für die Tram nach Rothenditmold und Harleshausen | 101.19.90 |
| 15. | Machbarkeitsstudie Tram nach Rothenditmold-Harleshausen vorstellen | 101.19.116 |
| 16. | Ergebnis Machbarkeitsstudie Tram Harleshausen | 101.19.122 |
| 17. | Planungen für das Henschel-Areal | 101.19.155 |
| 18. | Überschreitung der baulich zulässigen Nutzung | 101.19.159 |

19. Stellplatzsatzung	101.19.160	3 von 24
20. Kostenehrlichkeit beim Radverkehr	101.19.162	
21. Umsetzung der Beschlüsse zur Radverkehrsförderung	101.19.164	
22. Auftrag zum Milieuschutz endlich umsetzen	101.19.165	
23. Übervolle Straßenbahnen auf Linie 5	101.19.168	
24. Bahnhof Harleshausen	101.19.169	
25. Errichtung eines Fernbusbahnhofs	101.19.217	
26. Nutzung von Parkscheinen als Fahrscheine	101.19.218	
27. Modellprojekt Photovoltaik	101.19.219	
28. Entwicklung Karlsplatz	101.19.226	
29. Ausbau des Straßenbahnangebots	101.19.227	
30. Verkehrsunfälle mit Straßenbahnen	101.19.255	
31. documenta-Institut im Ruruhaus - Investitionsbedarf	101.19.256	

Vorsitzender Kalb eröffnet die mit der Einladung vom 28. Oktober 2021 ordnungsgemäß einberufene 8. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Stadtverordneter Gröling, SPD-Fraktion, stellt den Geschäftsordnungsantrag, dass der **Tagesordnungspunkt 13 betr. Umsetzungskonzept für das integrierte Maßnahmenpaket Mobilität in Auftrag geben**, 101.19.54, wegen Beratungsbedarf abgesetzt und für die Tagesordnung der nächsten Sitzung vorgemerkt wird.

Vorsitzender Kalb stellt dies zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei

Zustimmung: B90/Grüne (3), SPD, CDU

Ablehnung: DIE LINKE

Enthaltung: B90/Grüne (1), AfD

Abwesend: FDP

den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag auf Absetzung des Tagesordnungspunktes 13 betr. **Umsetzungskonzept für das integrierte Maßnahmenpaket Mobilität in Auftrag geben**, 101.19.54, wird zugestimmt.

Der Tagesordnungspunkt wird für die Tagesordnung der nächsten Sitzung vorgemerkt.

Vorsitzender Kalb teilt mit, dass die **Tagesordnungspunkte 16 betr. Ergebnis Machbarkeitsstudie Tram Harleshhausen, 101.19.122,** und **21 betr. Umsetzung der Beschlüsse zur Radverkehrsförderung, 101.19.164,** vom Magistrat noch nicht beantwortet werden können. Daher werden diese Tagesordnungspunkte mit Einverständnis der die Anfragen stellenden CDU-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE für die nächste Tagesordnung vorgesehen.

Stadtverordneter Dreyer, AfD-Fraktion, stellt den Geschäftsordnungsantrag, dass der **Tagesordnungspunkt 31 betr. documenta-Institut im Ruruhaus – Investitionsbedarf, 101.19.256,** heute auf jeden Fall behandelt wird.

Vorsitzender Kalb stellt dies zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei

Zustimmung: AfD

Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU

Enthaltung: DIE LINKE

Abwesend: FDP

den

Beschluss

Der Geschäftsordnungsantrag auf Behandlung des **Tagesordnungspunktes 31** betr. **documenta-Institut im Ruruhaus – Investitionsbedarf, 101.19.256,** in der heutigen Sitzung wird abgelehnt.

Vorsitzender Kalb stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

1. Freiraumstrukturkonzept Kasseler Osten

Endbericht

Vorlage des Magistrats

- 101.19.163 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Das Freiraumstrukturkonzept zur Verbesserung der Grünraumvernetzung und der kleinklimatischen Verhältnisse (Freiraumstrukturkonzept ‚Kasseler Osten‘) wird in seiner Gesamtheit als zukünftige Richtschnur für die weitere

Entwicklung des Freiraums auch im Zusammenhang mit anderen künftigen Planungen in den Stadtteilen Unterneustadt, Bettenhausen, Waldau und Forstfeld beschlossen.“

5 von 24

Vorsitzender Kalb gibt das Wort an Frau Dr. Starick, Umwelt- und Gartenamt. Frau Dr. Starick führt kurz in das Thema ein.

Im Anschluss bittet Vorsitzender Kalb Herrn Rohler, Architektenbüro foundation 5+, um seinen Bericht. Anhand einer PowerPointPräsentation stellt Herr Rohler das Freiraumstrukturkonzept „Kasseler Osten“ vor und beantwortet zusammen mit Herrn Stadtbaurat Nolda die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

Abwesend: FDP

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Freiraumstrukturkonzept Kasseler Osten Endbericht, 101.19.163, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Hanschke

2. Entwurfsplanung Sanierung und Umgestaltung Pferdemarkt (Straßenraum und Grünanlage) im Rahmen des Bund-Länder-Programms Sozialer Zusammenhalt

Vorlage des Magistrats

- 101.19.234 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Planung zur Sanierung und Umgestaltung des Straßenraums sowie der Grünanlage Pferdemarkt wird zugestimmt.“

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei

6 von 24

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: AfD

Abwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Entwurfsplanung Sanierung und Umgestaltung Pferdemarkt (Straßenraum und Grünanlage) im Rahmen des Bund-Länder-Programms Sozialer Zusammenhalt, 101.19.234, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Lang

3. Einleitung eines Wegeeinziehungsverfahrens nach §6 des Hessischen Straßengesetzes zum Zwecke der Sanierung und Umgestaltung des Pferdemarkts

Vorlage des Magistrats
- 101.19.235 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Einziehung der in dem beigefügten Lageplan gekennzeichneten Verkehrsflächen, Gemarkung Wesertor, Flur 1, Teilfläche des Flurstücks 225/3, wird zugestimmt. Das Wohl der Allgemeinheit erfordert die Einziehung. Das Wegeeinziehungsverfahren nach den Bestimmungen des Hessischen Straßengesetzes in der Fassung vom 8. Juni 2003 ist einzuleiten.“

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

Abwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Einleitung eines Wegeeinziehungsverfahrens nach §6 des Hessischen Straßengesetzes zum Zwecke der Sanierung und Umgestaltung des Pferdemarkts, 101.19.235, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Grotov

- 4. Satzung über die Verlängerung der Satzung der Stadt Kassel über eine Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplans der Stadt Kassel Nr. V/14 „Fiedlerstraße / Eisenschmiede“ (Satzungsbeschluss zur Verlängerung der Satzung)**
Vorlage des Magistrats
- 101.19.236 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Zur weiteren Sicherung der Planung für den künftigen Planbereich des Bebauungsplanes Nr. V/14 „Fiedlerstraße / Eisenschmiede“ zwischen der Bunsenstraße im Westen, der Eisenschmiede im Norden, dem Haarmannweg im Süden sowie dem Wohngebiet an der Schaumbergstraße/Silcherstraße/Wilhelmsthaler Straße im Osten soll die Satzung über eine Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplans der Stadt Kassel Nr. V/14 „Fiedlerstraße / Eisenschmiede“ vom 4. November 2019 – bekanntgemacht im Amtsblatt der Stadt Kassel 3. Jahrgang Nr. 053 vom 29. November 2019 – um ein Jahr verlängert werden.
Der Satzung über die Verlängerung der Satzung der Stadt Kassel über eine Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplans der Stadt Kassel Nr. V/14 „Fiedlerstraße / Eisenschmiede“ wird nach § 14 (1), § 16 und § 17 (1) S. 3 Baugesetzbuch (BauGB) und den §§ 5, 50, 51 Nr. 6, der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) zugestimmt.“

Stadtbaurat Nolda beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

Abwesend: FDP

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

8 von 24

Dem Antrag des Magistrats betr. Satzung über die Verlängerung der Satzung der Stadt Kassel über eine Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplans der Stadt Kassel Nr. V/14 „Fiedlerstraße / Eisenschmiede“ (Satzungsbeschluss zur Verlängerung der Satzung), 101.19.236, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Sümmermann

**5. Vorhabenbezogener Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. II/17
„Breitscheidstraße 33“
(Aufstellungs- und Offenlegungsbeschluss)
Vorlage des Magistrats
- 101.19.237 -**

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Für die Flurstücke 2026/299 und 545/303 (tlw.) innerhalb der Flur 5 in der Gemarkung Kirchditmold sowie das Flurstück 110/7 (tlw.) der Flur 1 in der Gemarkung Kirchditmold soll der vorhabenbezogene Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. II/17, „Breitscheidstraße 33“ gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. § 30 Abs. 2 BauGB aufgestellt werden. Das Bebauungsplanverfahren soll beschleunigt nach § 13a BauGB durchgeführt werden. Ziel und Zweck der Planung ist die geordnete städtebauliche Entwicklung des Plangebietes unter besonderer Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten am Kreuzungsbereich Kattenstraße / Elfbuchenstraße / Breitscheidstraße sowie die Schaffung der planungs-rechtlichen Voraussetzung für die Errichtung eines mehrgeschossigen Wohngebäudes. Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans der Stadt Kassel Nr. II/17, „Breitscheidstraße 33“ wird für die Dauer eines Monats gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt.“

Auf Wunsch von Stadtverordnete Sümmermann, Fraktion DIE LINKE, berichtet Stadtbaurat Nolda über die Vorlage.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: DIE LINKE, AfD

Abwesend: FDP

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Vorhabenbezogener Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. II/17 „Breitscheidstraße 33“ (Aufstellungs- und Offenlegungsbeschluss), 101.19.237, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dreyer

6. Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. IV/13 „Ahnatal-/Igelsburgstraße“

Vorlage des Magistrats
- 101.19.238 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Dem Abschluss des Durchführungsvertrages nach § 12 Baugesetzbuch (BauGB) zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. IV/13 „Ahnatal-/Igelsburgstraße“ zwischen der Wohnstadt Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft Hessen mbH und der Stadt Kassel wird zugestimmt.“

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: DIE LINKE

Abwesend: FDP

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. IV/13 „Ahnatal-/Igelsburgstraße“, 101.19.238, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Schoeller

7. Vorhabenbezogener Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. IV/13

10 von 24

„Ahnatal-/Igelsburgstraße“**(Aufstellungs- und Offenlegungsbeschluss)**

Vorlage des Magistrats

- 101.19.239 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Für das Gebiet südlich der Ahnatalstraße und östlich der Harleshäuser Straße soll der vorhabenbezogene Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. IV/13 „Ahnatal-/Igelsburgstraße“ gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. § 30 Abs. 2 BauGB aufgestellt werden. Das Bebauungsplanverfahren wird beschleunigt nach § 13a BauGB durchgeführt.“

Ziel und Zweck der Planung ist die eingeschossige Aufstockung der Bestandsgebäude planungsrechtlich vorzubereiten und somit neuen Wohnraum zu schaffen.

Dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes wird zugestimmt. Er soll gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt werden.“

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: DIE LINKE

Abwesend: FDP

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Vorhabenbezogener Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. IV/13 „Ahnatal-/Igelsburgstraße“ (Aufstellungs- und Offenlegungsbeschluss), 101.19.239, wird **zugestimmt**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Gröling

**8. Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. IV/60 A „Am Stockweg“
(Behandlung der Anregungen und Beschlussfassung als Satzung)**

11 von 24

Vorlage des Magistrats

- 101.19.240 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Behandlung der Anregungen aus der Beteiligung zum Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. IV/60 A „Am Stockweg“ wird zugestimmt.

Der Bebauungsplan wird gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.“

Auf Wunsch von Stadtverordnete Sümmermann, Fraktion DIE LINKE, berichtet Stadtbaurat Nolda über die Vorlage.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei

Zustimmung: B90/Grüne, SPD, CDU, AfD

Ablehnung: DIE LINKE

Enthaltung: --

Abwesend: FDP

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. IV/60 A „Am Stockweg“ (Behandlung der Anregungen und Beschlussfassung als Satzung), 101.19.240, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Siebrecht

9. **Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. I/23 „Vogtsche Mühle/ Karlshospital“** 12 von 24
(Aufstellungsbeschluss)
Vorlage des Magistrats
- 101.19.241 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Im Stadtteil Wesertor soll der Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. I/23 „Vogtsche Mühle/Karlshospital“ gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. § 30 Abs. 1 BauGB aufgestellt werden. Der Geltungsbereich wird im Süden durch das Karlshospital, im Osten durch die Fulda, im Norden durch die Schützenstraße und im Westen durch das Ende der Straßenverkehrsfläche der Weserstraße begrenzt. Das Bebauungsplanverfahren soll beschleunigt nach § 13a BauGB durchgeführt werden.

Ziel und Zweck der Planung ist die städtebauliche Neuordnung sowie die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine bauliche Nachverdichtung auf Grundlage eines städtebaulichen Entwurfs mit gemischten Nutzungen an einem zentral gelegenen und verkehrstechnisch gut angebundenen Standort mit Innenentwicklungs- und Aufwertungspotential.“

Auf Wunsch von Stadtverordnete Sümmermann, Fraktion DIE LINKE, berichtet Stadtbaurat Nolda über die Vorlage und beantwortet im Anschluss die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei

Zustimmung: B90/Grüne, SPD, CDU

Ablehnung: AfD

Enthaltung: DIE LINKE

Abwesend: FDP

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. I/23 „Vogtsche Mühle/ Karlshospital“ (Aufstellungsbeschluss), 101.19.241, wird **zugestimmt**.

Im Rahmen der Diskussion stellt Stadtverordnete Sümmermann, Fraktion DIE LINKE, folgenden Änderungsantrag.

13 von 24

➤ **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE**

„Im Stadtteil Wesertor soll der Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. I/23 „Vogtsche Mühle/Karlshospital“ gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. § 30 Abs. 1 BauGB aufgestellt werden. Der Geltungsbereich wird im Süden durch das Karlshospital, im Osten durch die Fulda, im Norden durch die Schützenstraße und im Westen durch das Ende der **Verkehrsfläche** der Weserstraße **inklusive Gehweg** begrenzt **und im Süden bis zum Altmarkt geführt, so dass die Umgestaltung dieses Abschnitts der Weserstraße zugunsten des Umweltverbunds ermöglicht werden kann.** Das Bebauungsplanverfahren soll beschleunigt nach § 13a BauGB durchgeführt werden.

Ziel und Zweck der Planung ist die städtebauliche Neuordnung sowie die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine bauliche Nachverdichtung auf Grundlage eines städtebaulichen Entwurfs mit gemischten Nutzungen an einem zentral gelegenen und verkehrstechnisch gut angebundenen Standort mit Innenentwicklungs- und Aufwertungspotential.“

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei

Zustimmung: DIE LINKE

Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, AfD

Enthaltung: --

Abwesend: FDP

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE betr. Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. I/23 „Vogtsche Mühle/ Karlshospital“ (Aufstellungsbeschluss), 101.19.241, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Sümmermann

10. Satzung über die Verlängerung der Satzung der Stadt Kassel über eine Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplans der Stadt Kassel Nr. VI/35 „Fuldatalstraße, Ostring/Gartenstraße“ (Satzungsbeschluss)
Vorlage des Magistrats
- 101.19.242 -

14 von 24

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Zur weiteren Sicherung der Planung für den künftigen Planbereich des Bebauungsplanes Nr. VI/35 „Fuldatalstraße, Ostring/Gartenstraße“ zwischen dem Ostring im Westen, der Fuldatalstraße und der angrenzenden Flurstücke 2/3 und 86 im Norden, der Gartenstraße im Süden sowie dem angrenzenden Flurstücke 21/1 und 83 im Osten soll die Satzung über eine Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplans der Stadt Kassel Nr. VI/35 „Fuldatalstraße, Ostring/Gartenstraße“ vom 09 Dezember 2019 – bekanntgemacht im Amtsblatt der Stadt Kassel 4. Jahrgang Nr. 001 vom 03. Januar 2020 – um ein Jahr verlängert werden.

Der Satzung über die Verlängerung der Satzung der Stadt Kassel über eine Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplans der Stadt Kassel Nr. VI/35 „Fuldatalstraße, Ostring/Gartenstraße“ wird nach § 14 (1), § 16 und § 17 (1) S. 3 Baugesetzbuch (BauGB) und den §§ 5, 50, 51 Nr. 6, der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) zugestimmt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

Abwesend: FDP

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Satzung über die Verlängerung der Satzung der Stadt Kassel über eine Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplans der Stadt Kassel Nr. VI/35 „Fuldatalstraße, Ostring/Gartenstraße“ (Satzungsbeschluss), 101.19.242, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dreyer

11. Antrag zur Aufnahme in das Bundesförderprogramm "Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren" und Sicherstellung der Umsetzung

Vorlage des Magistrats
- 101.19.244 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Auf der Grundlage der beigefügten Begründung folgt die Stadt Kassel, vorbehaltlich der Aufforderung zur Antragsabgabe, dem Aufruf des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) mit einem Antrag zur Aufnahme in das neu aufgelegte Förderprogramm 'Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren'.

Die Umsetzung des Förderprogramms soll sowohl finanziell als auch personell sichergestellt werden.“

Auf Wunsch von Stadtverordnete Sümmermann, Fraktion DIE LINKE, berichtet Stadtbaurat Nolda über die Vorlage und beantwortet im Anschluss zusammen mit Herrn Mohr, Stadtplanung, Bauaufsicht und Denkmalschutz, die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: AfD

Abwesend: FPD

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Antrag zur Aufnahme in das Bundesförderprogramm "Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren" und Sicherstellung der Umsetzung, 101.19.244, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Koch

12. Förderprogramm "Zukunft Innenstadt" des Landes Hessen

16 von 24

Vorlage des Magistrats
- 101.19.245 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Auf der Grundlage der aufgeführten Begründung folgt die Stadt Kassel dem Aufruf des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen mit einem Antrag zur Aufnahme in das neu aufgelegte Förderprogramm „Nachhaltige Innenstadt“ für die Innenstadt und den Ortskern Kirchditmolds.

Für die Innenstadt und den Ortskern Kirchditmold soll eine Strategie erarbeitet werden: mit den Projekten und Maßnahmen des Innenstadtbudgets soll die Stärkung der Innenstadt und des Ortskern Kirchditmolds verfolgt werden; die genannten Maßnahmen und Projekte sollen dazu beitragen die Ziele der Strategie zu erreichen.

Die Umsetzung des Förderprogramms soll sowohl finanziell als auch personell sichergestellt werden.“

Auf Wunsch von Stadtverordnete Sümmermann, Fraktion DIE LINKE, berichtet Stadtbaurat Nolda über die Vorlage und beantwortet im Anschluss zusammen mit Herrn Mohr, Stadtplanung, Bauaufsicht und Denkmalschutz, die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

Abwesend: FDP

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Förderprogramm "Zukunft Innenstadt" des Landes Hessen, 101.19.245, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Boczkowski

13. Umsetzungskonzept für das integrierte Maßnahmenpaket Mobilität in Auftrag geben

17 von 24

Antrag der Fraktion B90/Grüne
- 101.19.54 -

Abgesetzt

14. Offenlegung der Pläne für die Tram nach Rothenditmold und Harleshausen

Antrag der AfD-Fraktion
- 101.19.90 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der derzeitige Stand der Machbarkeitsstudie zur Tram nach Harleshausen und Rothenditmold wird umgehend offengelegt und im Ausschuss vorgestellt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei

Zustimmung: AfD

Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, DIE LINKE

Enthaltung: --

Abwesend: FDP

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der AfD-Fraktion betr. Offenlegung der Pläne für die Tram nach Rothenditmold und Harleshausen, 101.19.90, wird **abgelehnt**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Grotov

15. Machbarkeitsstudie Tram nach Rothenditmold-Harleshausen vorstellen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
- 101.19.116 -

Geänderter Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Im nächsten Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr wird über den Stand der Dinge zur Tram nach Harleshausen-Rothenditmold berichtet. Die Verfasser*innen stellen den aktuellen Zwischenstand der Machbarkeitsstudie vor und informieren, was genau geprüft wird, welche Strecken in Frage kommen **und** wie die Kostenschätzungen dazu aussehen. **Die Studie soll außerdem komplett veröffentlicht werden.**

Stadtverordnete Sümmermann, Fraktion DIE LINKE, begründet den geänderten Antrag ihrer Fraktion.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei

Zustimmung: DIE LINKE

Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU

Enthaltung: AfD

Abwesend: FDP

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der geänderte Antrag der Fraktion DIE LINKE betr. Machbarkeitsstudie Tram nach Rothenditmold-Harleshausen vorstellen, 101.19.116, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Sümmermann

16. Ergebnis Machbarkeitsstudie Tram Harleshausen

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.19.122 -

Abgesetzt

17. Planungen für das Henschel-Areal

Antrag der Fraktion B90/Grüne

- 101.19.155 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, in eine der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr und des

Kulturausschusses (gemeinsamer Ausschuss) eine*n Vertreter*in von Sector 7 und dem Büro Heindrich Immobilien einzuladen, um über den aktuellen Stand der Planungen und die zukünftigen Entwicklungsideen für das Henschel-Areal zu berichten.

19 von 24

Stadtverordneter Hanschke, Fraktion B90/Grüne, begründet den Antrag seiner Fraktion.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

Abwesend: FDP

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der Fraktion B90/Grüne betr. Planungen für das Henschel-Areal, 101.19.155, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dreyer

18. Überschreitung der baulich zulässigen Nutzung

Anfrage Fraktion DIE LINKE

- 101.19.159 -

Antrag

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie ist die reale Grundflächenzahl (GRZ) und die Fläche der Anlagen nach der BauNVO der Grundstücke: Kirchditmolder Str 16, Kunoldstr 37, Kurhausstr 28, Riedelstr 22, Stockwiesen 6, der landeseigenen Grundstücke neben dem Gerichtszentrum Goethestr 193/10, 193/11, 193/5 und 487/193, Prinzenquelle 39 (auch die festgesetzte Geschossigkeit und die GFZ) und auf den Grundstücken Wilhelmshöher Allee 174 und 176 mit schon festgestellter rechtswidriger Baugenehmigung? Darstellung gerne als Tabelle mit den Anlagedaten der Flächen: Grundstück + Gebäude + Terrassen, Balkone, Dachüberstände, Vordächer + Garagen, Stellplätze mit Zufahrten + unterirdische Bauteile nicht überbaut + Gehweg + Nebenanlagen.

- 20 von 24
2. Wie sind die rechtlichen Vorgaben der GRZ für diese Grundstücke?
Darstellung gerne als Tabelle.
 3. In welchem Rahmen sind sie festgelegt: in B-Plänen, der BauNVO oder andere Quellen? Darstellung gerne als Tabelle.
 4. Sind die Baugenehmigungen und Bauausführungen der oben genannten Beispiele rechtskonform?
 5. Ist die Personalausstattung der unteren Bauaufsicht ausreichend, um allen rechtlichen Anforderungen insbesondere an Prüftiefe nachkommen zu können?
 6. Erfolgt die Baugenehmigung durch die Sachbearbeitungsebene?
 7. In welchen Fällen wurde auf Weisung genehmigt?
 8. Durch wen erfolgte die Weisung?
 9. Wurden bei allen diesen Genehmigungen die Träger Öffentlicher Belange (TÖB) wie die Untere Naturschutzbehörde, die Untere Wasserbehörde, der ZRK etc. beteiligt?
 10. In welchen Fällen wurde kein Einvernehmen mit allen TÖBs hergestellt?
 11. In welchen Fällen wurde eine positive Stellungnahme der Stadtverwaltung in Genehmigungsverfahren der Unteren Bauaufsicht abgegeben, obwohl rechtswirksame B-Pläne den Genehmigungen entgegenstehen?
 12. Welche Konsequenzen haben die festgestellten Verstöße in den Baugenehmigungen?

Stadtbaurat Nolda und Herr Mohr, Stadtplanung, Bauaufsicht und Denkmalpflege, beantworten gemeinsam die geänderte Anfrage und die sich anschließenden Fragen der Ausschussmitglieder.

Die zugesagte Tabelle wird der Niederschrift beigelegt.

Nach Beantwortung durch Stadtbaurat Nolda erklärt Vorsitzender Kalb die Anfrage für erledigt.

19. Stellplatzsatzung

Anfrage Fraktion DIE LINKE
- 101.19.160 -

Antrag

Wir fragen den Magistrat:

1. Wann wird die Stellplatzsatzung überarbeitet?
2. Mit welchen Zielen?
3. Inwiefern werden dabei die Vorschläge des BUND von 2017 berücksichtigt?
4. Wie viele Tiefgaragenplätze befinden sich in Kassel gerade in Planung?

5. Wie beurteilt der Magistrat die ökologischen und wirtschaftlichen Kosten von Tiefgaragen? 21 von 24
6. Was unternimmt der Magistrat, um Park & Ride Parkplätze attraktiv zu gestalten? Inwiefern befindet er sich dabei mit der Region im Austausch?
7. Welche Einnahmen erhält die Stadt Kassel durch Parkgebühren?
8. Welche Einnahmen könnten bei räumlicher Ausdehnung des bewirtschafteten Parkraums erzielt werden?
9. Was waren die Ergebnisse der Berechnungen zur Veränderung der Parkraumbewirtschaftung?

Begründung:

Der Umgang mit Parkraum ist ein wesentlicher Hebel zur Verkehrslenkung und -steuerung.

Schreiben des BUND von 2017: <https://linksfraktion-kassel.de/antraege-und-anfragen/1485-gesundheit-sch%C3%BCtzen-%E2%80%93-parkraumbewirtschaftung-modernisieren>

Stadtbaurat Nolda beantwortet die Anfrage und die Fragen der Ausschussmitglieder.

Nach Beantwortung durch Stadtbaurat Nolda erklärt Vorsitzender Kalb die Anfrage für erledigt.

20. Kostenehrlichkeit beim Radverkehr

Antrag der Fraktion DIE LINKE
- 101.19.162 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, die Anteile der Kosten für Baumaßnahmen in 2020, die dem Radverkehr zugeschrieben werden, neu zu bewerten. Die Anteile im Bericht zur Radverkehrsförderung sowie im Vollzug des Haushaltsplans sind entsprechend zu reduzieren. Für die Berechnung der Kostenanteile in 2021 und zukünftigen Jahren soll eine differenziertere Tabelle (vgl. Tabelle 13 Radverkehrsbericht 2020) erstellt werden, die für mehr Transparenz sorgt und dafür, dass die getroffenen Annahmen einfacher nachzuvollziehen sind.

Stadtverordnete Sümmermann, Fraktion DIE LINKE, begründet den Antrag.
Stadtbaurat Nolda beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei

22 von 24

Zustimmung: DIE LINKE

Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, AfD

Enthaltung: --

Abwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE betr. Kostenehrlichkeit beim Radverkehr, 101.19.162, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Volmer

21. Umsetzung der Beschlüsse zur Radverkehrsförderung

Anfrage Fraktion DIE LINKE

- 101.19.164 -

Abgesetzt

22. Auftrag zum Milieuschutz endlich umsetzen

Antrag der Fraktion DIE LINKE

- 101.19.165 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

23. Übervolle Straßenbahnen auf Linie 5

Gemeinsame Anfrage der Fraktionen der SPD und B90/Grüne

- 101.19.168 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

24. Bahnhof Harleshausen

23 von 24

Gemeinsame Anfrage der Fraktionen von SPD und B90/Grüne
- 101.19.169 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

25. Errichtung eines Fernbusbahnhofs

Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.19.217 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

26. Nutzung von Parkscheinen als Fahrscheine

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.19.218 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

27. Modellprojekt Photovoltaik

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.19.219 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

28. Entwicklung Karlsplatz

Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
- 101.19.226 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

- 29. Ausbau des Straßenbahnangebots**
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
- 101.19.227 -

24 von 24

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

- 30. Verkehrsunfälle mit Straßenbahnen**
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.19.255 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

- 31. documenta-Institut im Ruruhaus - Investitionsbedarf**
Antrag der AfD-Fraktion
- 101.19.256 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

Ende der Sitzung: 19:05 Uhr

Dominique Kalb
Vorsitzender

Sabine John
Schriftführerin

Stadtverordneten-Versammlung
Kassel
Eing. 11. NOV. 2021

Anfrage der Partei Die Linke: Überschreitung der baulich zulässigen Nutzung

ASMV Vorlagen-Nr. 101.19.159

19.07.2021

Die Tabelle ist die Beantwortung der Frage 1 der o.g. Anfrage. Hinweis: Die Grundflächenzahlen sind den Bauakten entnommen worden. Die Fragen 2 bis 12 sind im ASMV am 04.11.2021 mündlich beantwortet worden.

	Rechtliche Vorgaben der GRZ	B-Plan oder BauNVO oder § 34 BauGB	Anmerkungen	'Reale' GRZ (Grundflächenzahl)
Kirchditmolder Straße 16	GRZ 0,4 GFZ 0,9	BP Nr. 3 West A (1982)		GRZ 0,26
Kunoldstraße 37	GRZ 0,4 GFZ 1,0	BP III/67 (2005)		GRZ 0,337
Kurhausstraße 28	3 West C: GRZ 0,4; GRZ II 0,6 GFZ 0,5 III/72: GRZ 0,4; GFZ 0,95	Bisher BP Nr. 3 West C (1982) Bald III/72 (Stavo 13.07.2021)	Von 2011 bis 2014 war der III/72 rechtsverbindlich, ist aber 2014 durch Gerichtsbeschluss aufgehoben worden; der BP wird z.Zt. neu beschlossen	GRZ II 0,6
Riedelstraße 22	GRZ 0,4 GFZ 0,9	BP 4 NW D (1982)	Im KASIS wird keine Riedelstr. 22 aufgeführt: dort grenzt die Nr. 16 direkt an die Nr. 24. Die Aussage bezieht sich daher auf die Hausnummer 16	Riedelstr. 16: GRZ 0,31/0,4
Stockwiesen 6	GRZ 0,4 GFZ 0,9	BP III West A (1982)		GRZ 0,54 GFZ 2,18
Flurstücke im Bereich der Goethestraße: 193/10, 193/11, 193/5 und 487/193	-	§ 34 BauGB FNP Fläche für Gemeinbedarf „Öffentliche Verwaltung“		

Prinzenquelle 39	GRZ 0,2 GFZ 0,3	BP IV/28 (1971)	Die Straße ‚Prinzenquelle‘ existiert nicht: meine Angaben beziehen sich auf die Straße ‚Vor der Prinzenquelle‘	GRZ 0,195
Wilhelmshöher Allee 174 und 176	GRZ 0,3 GFZ 1,0	BP II/24 B (1972)		<p>Reale GRZ (Bestandsituation, ohne gepl. Teilung und Vereinigung) W.-A. 174: 0,65 W.-A. 176: 0,19</p> <p>Reale GFZ (Bestandsituation, ohne gepl. Teilung und Vereinigung) W.-A. 174: 2,1 W.-A. 176: 0,95</p> <p>GRZ (geplant, inkl. gepl. Teilung und Vereinigung) W.-A. 174-176: 0,48</p> <p>GFZ (geplant, inkl. gepl. Teilung und Vereinigung) W.-A. 174-176: 2,2</p>

Zum allgemeinen Verständnis wird an dieser Stelle nochmals auf den § 19 Abs. 4, Satz 2 2. Halbsatz BauNVO (sog. Bagatellklausel) verwiesen, die als Kann-Vorschrift durch die Untere Bauaufsicht im pflichtgemäßen Ermessen angewendet werden kann, um im geringfügigem Ausmaß von der GRZ zu befreien.